

Kommunale Herausforderungen digital meistern

Repräsentative Kommunalstudie im Auftrag
des Bundesministeriums
für Wirtschaft und Klimaschutz



Kommunale Herausforderungen digital meistern

Repräsentative Kommunalstudie im Auftrag
des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

Inhalt

Kernaussagen	2
1 Einleitung	3
2 Immer mehr Kommunen entwickeln Digitalisierungsstrategien. Verwaltungsdigitalisierung und Breitbandausbau sind besonders wichtige Themen	5
3 IT-Dienstleistungen werden vorwiegend an kommunale, öffentliche Dienstleister vergeben. Start-ups kommen in diesen Vergabeverfahren bisher selten zum Zug	11
4 Fehlendes Personal ist die größte Herausforderung für Kommunen. Weitere Herausforderungen sind mangelndes Fachwissen und knappe Haushaltsmittel	13
5 Kommunen suchen inhaltliche Unterstützung für ihre Digitalisierungsstrategien und wünschen sich mehr interkommunalen Austausch	15
6 Viele kommunale Digitalisierungsstrategien adressieren Klimaschutz sowie wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit	19
7 Schlussfolgerungen für smarte Städte und digitale Regionen	20

Kernaussagen

Die digitale Transformation deutscher Kommunen ist durch die COVID-19-Pandemie noch stärker als bisher in den Fokus gerückt. Diese Kommunalstudie untersucht im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, wo in den letzten Jahren Fortschritte erzielt wurden, welche Themenbereiche bei der Digitalisierung besonders wichtig waren und wo noch besonderer Unterstützungsbedarf besteht. Sie schließt damit an eine Reihe repräsentativer Befragungen (ebenfalls im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz) aus den Jahren 2015, 2017 und 2019 an und kann so Digitalisierungsfortschritte deutscher Städte und Regionen aufzeigen.

Insgesamt ist der Digitalisierungstrend in deutschen Städten, Gemeinden und Regionen ungebrochen. Im Vergleich zu den früheren Erhebungen hat eine zunehmende Zahl von Kommunen eigene Digitalisierungsstrategien entwickelt oder bestehende Strategien weiter umgesetzt. Die Zahl der Kommunen, die eine Digitalisierungsstrategie haben, hat sich seit 2019 um acht Prozentpunkte, seit 2016 sogar um sechzehn Prozentpunkte erhöht. Vorangekommen sind zudem diejenigen Kommunen, die sich in der Umsetzung ihrer Digitalisierungsstrategie befinden. Schließlich gibt es erstmals auch einen Anteil an Kommunen, die ihre Digitalisierungsstrategien bereits vollständig umgesetzt haben.

Schwerpunkte kommunaler Digitalisierungsstrategien liegen bisher in der Umsetzung von Leistungen des Onlinezugangsgesetzes sowie dem Ausbau von Breitband und WLAN-Netzen. Einige Themen, die in den Jahren 2020-2022 besonders aktuell wurden, sind jedoch in den kommunalen Digitalisierungsstrate-

gien bisher nur in wenigen Kommunen adressiert: zum Beispiel Cybersicherheit, Energieerzeugung und -versorgung, Gesundheit, und Umwelt- und Ressourcenschutz. Hier ist zu erwarten, dass Kommunen die Themen und Prioritäten in Zukunft nachjustieren werden.

Wichtige Schlüsselfiguren für eine erfolgreiche digitale Transformation sind die Chief Digital Officers beziehungsweise die Digitalisierungsbeauftragten in den Kommunen. In etwa einem Drittel aller Kommunen gibt es bereits diese Position.

Viele Kommunen bewerten den interkommunalen Austausch und die Zusammenarbeit mit benachbarten Kommunen bei ihren Digitalisierungsstrategien sehr positiv.

Bei der Durchführung von IT-Dienstleistungen haben kommunale IT-Dienstleister eine tragende Rolle, Start-ups kommen bei der Vergabe von IT-Dienstleistungen durch die Kommunen hingegen bisher selten zum Zuge.

Potenziale der digitalen Transformation in den Kommunen liegen insbesondere darin, Klimaschutzaspekte stärker in die Strategien zu integrieren, die Expertise von Start-ups und privaten Unternehmen stärker zu nutzen, auch durch eine aktivere Bereitstellung von offenen Daten.

Insgesamt hat sich die digitale Transformation in deutschen Kommunen weiter dynamisch entwickelt und ist thematisch vielfältig. In der nahen Zukunft sind hier weitere Fortschritte zu erwarten, da viele Kommunen noch am Beginn der Umsetzung ihrer Digitalisierungsstrategien stehen.

1 Einleitung

Digitalisierung hat in den Kommunen jeden Winkel des Alltags erreicht. Von der Arbeit im Homeoffice über die digitale Beantragung von Personalausweisen bis zu virtuellen Stadtführungen mit Apps – das Leben wird an vielen Stellen durch Digitalisierung verändert und bereichert. Besondere Potenziale ergeben sich durch die Digitalisierung für einen nachhaltigen und klimabewussten Umgang mit unseren Ressourcen. Viele gute Beispiele zeigen hier schon auf, wie mithilfe digitaler Anwendungen im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele gehandelt wird, etwa durch Anwendungen, die die Einsparung von Energie oder Wasser zum Ziel haben, Verkehr besser steuern und den öffentlichen Personennahverkehr attraktiver machen, und dadurch Schadstoffemissionen verringern. Eine zentrale Rolle bei dieser digitalen Transformation hin zu einem nachhaltig gestalteten Alltag spielen die Kommunen.

Viele Kommunen haben bereits Digitalisierungsstrategien formuliert – manche schon in der zweiten Aktualisierung – und andere führen einzelne, gezielte Digitalisierungsprojekte durch. Verglichen mit den vergangenen Kommunalstudien seit 2016 zeichnet sich hier eine positive Entwicklung ab. In vielen Kommunen hat die besondere Situation der COVID-19-Pandemie dazu geführt, dass die Digitalisierung an Bedeutung gewonnen hat. Viele Prozesse der digitalen Transformation wurden in dieser Zeit erheblich beschleunigt. Dennoch zeigt diese Studie auch Bereiche auf, in denen noch Unterstützung benötigt wird.

Bund und Länder messen diesem Thema große Bedeutung bei, was sich in zahlreichen Förderprogrammen und Initiativen unterschiedlicher Bundesressorts zeigt. So fördert das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und

Bauwesen (BMWSB) die digitale Stadtentwicklung mit den Modellprojekten „Smart Cities“ und mit der Initiative „Heimat 2.0“ die digitale Entwicklung von Regionen. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) unterstützt die digitale Transformationen von Regionen durch die Fördermaßnahme „Land.Digital“ und die Modellvorhaben „Smarte Land.Regionen“. Die Initiative Stadt.Land.Digital des Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz informiert, begleitet und vernetzt Kommunen auf ihrem Weg zur smarten Stadt und zur digitalen Region. Auch auf Landesebene sind zahlreiche Förderungen und Unterstützungsangebote vorhanden. Beispielsweise unterstützt das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Förderprogramm „Digitale Modellregionen in NRW“ die Digitalisierung von Regionen und Kommunen. Das Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft fördert digitale Projekte im Rahmen der Dorfentwicklung und in Baden-Württemberg lobt das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen den Förderwettbewerb Digitale Zukunftskommune@bw zur Unterstützung der Digitalisierung in Gemeinden und Landkreisen aus. Ähnliche Projekte finden sich in allen sechzehn Bundesländern. Um diese und weitere Unterstützungsangebote zielgerichtet und effizient gestalten zu können, bedarf es einer regelmäßigen Bestandsaufnahme des Digitalisierungsstandes in Deutschland. Hierzu leistet die vorliegende Studie einen Beitrag.

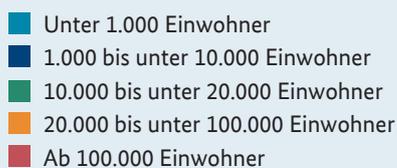
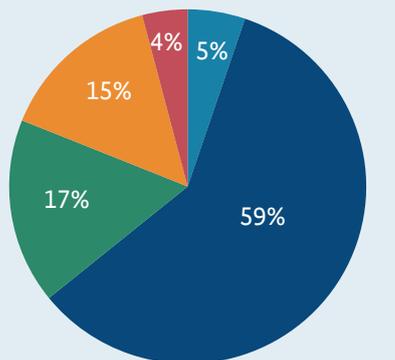
Methodik

Für diese Kommunalstudie hat die INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung eine repräsentative Befragung von Kommunen in Deutschland durchgeführt. Grundgesamtheit der Befragung bildeten alle deutschen Kommunen, von denen Kontaktdaten vorlagen.

Zielgruppe der Befragung waren Personen mit Führungsverantwortung, die Auskunft über den Stand der Digitalisierung in ihrer Kommune geben können. Zwischen dem 24. Februar 2022 und dem 25. April 2022 wurden Führungskräfte aus 116 Kommunen telefonisch und aus 439 Kommunen schriftlich befragt. Die Gesamtstichprobe der Studie beträgt N=555 Fragebögen. 59 % der Antworten kamen aus Kommunen mit einer Einwohnerzahl zwischen 1.000 bis 10.000. 86,5 % aller befragten Kommunen waren kreisangehörige Gemeinden.

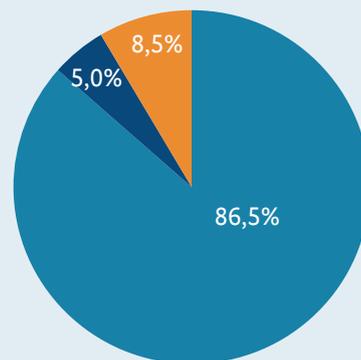
Der Befragung liegt eine Stichprobe zugrunde, die in Hinblick auf die Größenklassen der Kommunen, in Hinblick auf den „German Index of Socioeconomic Deprivation“ (GISD, ein Indikator für die sozioökonomische Situation) und die Bundesländer repräsentativ ist. Der GISD wurde berücksichtigt, um sicherzustellen, dass Kommunen mit unterschiedlicher sozioökonomischer Zusammensetzung befragt werden. Um repräsentative Ergebnisse zu erhalten, wurden die Antworten aus der Befragung nach diesen Merkmalen gewichtet. Die Angaben zur Größe der jeweiligen Stichprobe N in den Abbildungen beziehen sich jeweils auf diese gewichteten Daten. In der Stichprobe sind Antworten aus allen 16 Bundesländern enthalten.

Kommunengröße



N=555

Kommunenkatgorie



N=555

2 Immer mehr Kommunen entwickeln Digitalisierungsstrategien. Verwaltungsdigitalisierung und Breitbandausbau sind besonders wichtige Themen

Der Anteil der Kommunen, die eine ausgearbeitete Digitalisierungsstrategie haben, liegt 2022 erstmals über 25 % (siehe Abbildung 1). Insgesamt haben über drei Viertel aller Kommunen eine solche Strategie, arbeiten aktuell an einer Strategie oder planen dies. 2016 waren es nur 41 % aller Kommunen. Seit der letzten Kommunalstudie (Befragung im Herbst 2019) hat sich der Anteil der Kommunen, die Digitalisierungsstrategien haben, erarbeiten oder planen nur geringfügig erhöht. Allerdings sind viele dieser Kommunen seit 2019 vom Planungsstadium dazu übergegangen konkrete Strategien zu entwickeln und zu formulieren.

Der Anteil der Kommunen, die keine Digitalisierungsstrategie haben und auch keine Strategie planen, hat sich über die letzten sechs Jahre zwar mehr als halbiert, stagniert jedoch seit 2019 bei knapp über 20 %. Dies bedeutet, dass rund jede fünfte Kommune in Deutschland bisher keine Pläne hat, eine Digitalisierungsstrategie zu formulieren. Die Befragung für

diese Kommunalstudie liefert keine klaren Ergebnisse, die auf gemeinsame Merkmale dieser Kommunen hindeuten. Unterschiede zwischen Einwohnerzahlen oder der Haushaltssituation dieser Kommunen sind nicht zu erkennen.

Mangelnde finanzielle Ressourcen werden nicht als wichtigstes Hemmnis angeführt. Vielmehr werden personelle Engpässe als wesentlichstes Hindernis benannt (siehe Abbildung 2). So geben mehr als acht von zehn Kommunen an, dass die hohe Auslastung kommunaler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit alltäglichen Aufgaben die Planung und Ausarbeitung einer Digitalisierungsstrategie verhindert. Knapp 60 % der Kommunen geben an, dass sie keinen Bedarf für eine Digitalisierungsstrategie sehen. Schließlich führt knapp die Hälfte der befragten Kommunen an, dass der politische Wille fehlt, eine Digitalisierungsstrategie zu entwickeln, was eine geringe Priorisierung des Themas zur Folge hat (siehe Abbildung 3).



Abbildung 1: Kommunen nach Stand ihrer Digitalisierungsstrategien über die Jahre (gewichtet).

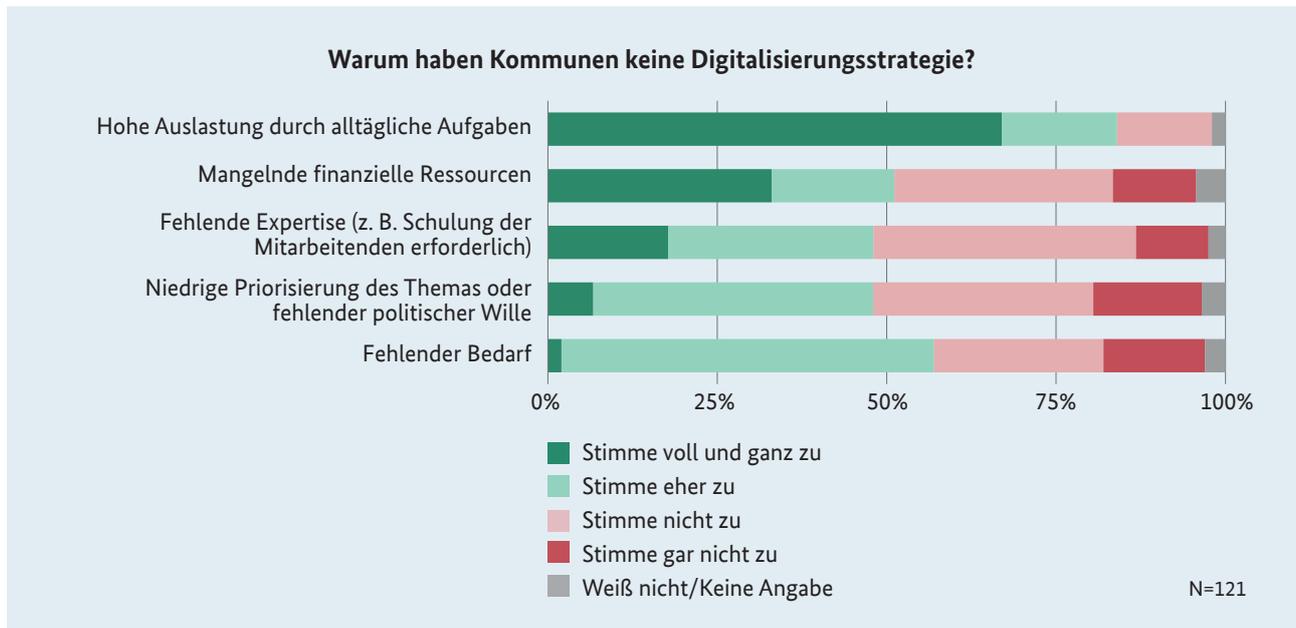


Abbildung 2: Gründe dafür, warum Kommunen (noch) keine Digitalisierungsstrategien erarbeiten oder planen (gewichtet).

Die Kommunen, die bereits über Digitalisierungsstrategien verfügen, haben seit 2019 Fortschritte bei der Umsetzung gemacht (siehe Abbildung 3). Im Jahr 2019 gab es noch keine Kommune, die ihre Digitalisierungsstrategie vollständig umgesetzt hatte, dafür aber einen kleinen Anteil, der noch nicht mit der Umsetzung begonnen hatte. Heute ist das Bild umgekehrt: Während über die Hälfte der Kommunen, die eine Digitalisierungsstrategie haben, mit der Umsetzung ihrer Digitalisierungsstrategie bereits weit fortgeschritten sind oder sie sogar vollendet haben, gibt es heute keine Kommune, die noch gar nicht mit der Umsetzung begonnen hat.

Über die Hälfte der Kommunen, die eine Digitalisierungsstrategie haben, ausarbeiten oder planen, erwarten positive Effekte für Klima und Umwelt durch die Umsetzung der Digitalisierungsmaßnahmen (siehe Abbildung 4). Den größten Mehrwert erhoffen sich die Kommunen jedoch für ihre Attraktivität als Wohnort für junge Menschen und Familien, gefolgt von der Standortattraktivität für Unternehmen. Während Ersteres leicht stärker bei kleinen Kommunen ausgeprägt ist, ist Letzteres sehr deutlich bei großen bis sehr großen Kommunen zu beobachten. Dies zeigt auf, wo die größten Herausforderungen und die größte Konkurrenzsituation für Kommunen liegen und wo sie auch mit Digitalisierung versuchen, Alleinstellungsmerkmale zu schaffen.

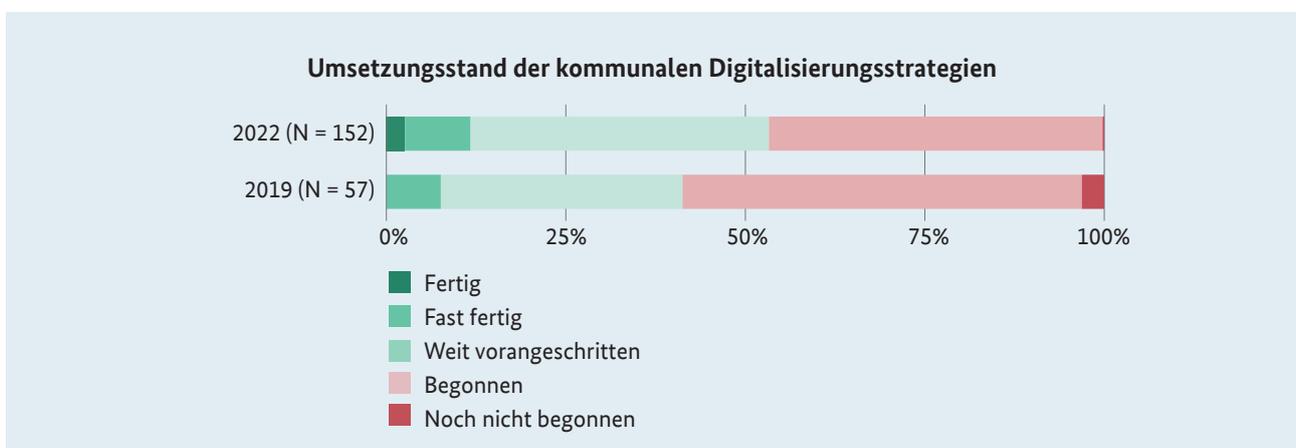


Abbildung 3: Umsetzungsstand der Digitalisierungsstrategien in Kommunen (gewichtet, Basis: Kommunen, die eine Strategie haben).

Erwarteter Mehrwert von Digitalisierungsstrategien für Kommunen



Abbildung 4: Mehrwerte, die Kommunen durch die Umsetzung ihrer Digitalisierungsstrategien erwarten (Mehrfachnennungen, gewichtet, Basis: Kommunen, die eine Strategie haben, ausarbeiten oder planen).

Knapp die Hälfte der Kommunen, die eine Digitalisierungsstrategie haben, entwickeln oder planen, nutzen die persönliche Ansprache vor Ort, um Bürgerinnen und Bürger in Digitalisierungsmaßnahmen miteinzubeziehen (siehe Abbildung 5). Ein Viertel nutzt eine dezidierte Projekt-Website als Raum, um Bürgerinnen und Bürger zu informieren. Darüber hinaus werden Maßnahmen mit höherem Aufwand für die aktive Be-

teiligung der Bürgerinnen und Bürger eher weniger angewandt. Hier könnten einerseits wieder die personellen Engpässe in den Kommunalverwaltungen zum Tragen kommen. Grundsätzlich werden Digitalisierungsangelegenheiten vor allem von den Stadtverwaltungen intern gedacht, ausgearbeitet und zirkuliert. So macht nur jede fünfte Kommune, die eine Digitalisierungsstrategie hat, diese Strategie öffentlich zugänglich.

Beteiligungsmethoden für die kommunale Digitalisierung

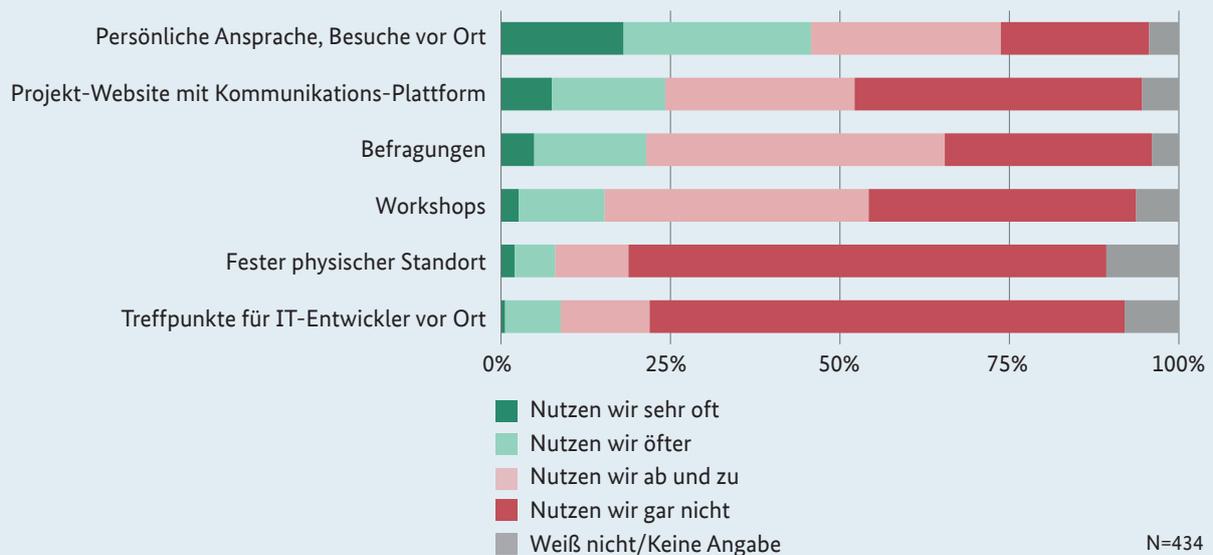


Abbildung 5: Beteiligungsmethoden, die Kommunen anwenden, um Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen an der kommunalen Digitalisierung zu beteiligen (gewichtet, Basis: Kommunen, die eine Strategie haben, ausarbeiten oder planen).

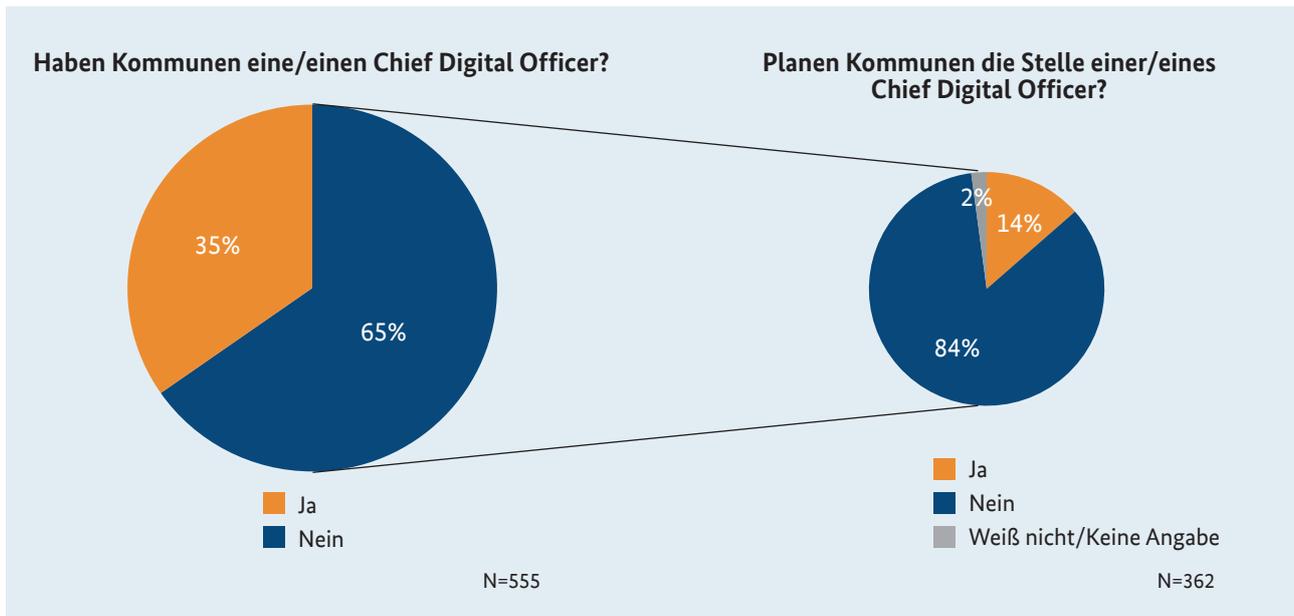


Abbildung 6: Anteil der Kommunen, die eine Digitalisierungsbeauftragte oder einen Digitalisierungsbeauftragten, auch Chief Digital Officer, haben oder die Einrichtung einer solchen Stelle planen (gewichtet).

Ein gutes Drittel aller deutschen Kommunen verfügt über eine zentrale Stelle für Digitalisierungsangelegenheiten, also die Funktion einer oder eines Digitalisierungsbeauftragten beziehungsweise Chief Digital Officer (siehe Abbildung 6). Dass es eine solche Stelle gibt, beispielsweise angesiedelt als Stabsstelle direkt beim Bürgermeisterbüro, wird oft als vorteilhaft für eine gut organisierte Digitalisierung einer Kommune gesehen. Digitalisierungsbeauftragte sind Strategen und Impulsgeber des digitalen Wandels. Sie koordinieren Digitalisierungsansätze und sind treibende Kraft bei der Ausrichtung der kommunalen Digitalisierung. Gleichzeitig sind sie die Schnittstelle zwischen der Verwaltung, Eigenbetrieben und kommunalen Unternehmen, lokalen Akteuren sowie den Bürgerinnen und Bürgern. Die dauerhafte Einrichtung einer solchen Position ist jedoch sowohl mit einer organisatorischen Umstellung als auch mit Kosten verbunden, deren Mehrwert sich erst mit der Zeit auszahlt. Das könnte ein Grund dafür sein, dass von den zwei Dritteln der Kommunen, die keine solche Stelle haben, nur 14 % planen, diese Position zu schaffen. Besonders kleine Kommunen haben seltener eine oder einen Chief Digital Officer.

Die durch das Onlinezugangsgesetz getriebene Verwaltungsdigitalisierung und der Ausbau von Breitband und WLAN-Netzen sind die wichtigsten Themen der Digitalisierungsstrategien und -projekte, die bereits durchgeführt werden oder geplant sind (siehe Abbildung 7). Dabei gibt ein knappes Drittel der Kommunen an, dass die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes auch Impulse für andere digitale Projekte gegeben hat. Mehr als die Hälfte aller kommunalen Digitalisierungsstrategien adressieren außerdem Bürgerdienste und Themen der öffentlichen Sicherheit und des Katastrophenschutzes. Unter den Themen, die bisher nicht überwiegend in den Digitalisierungsstrategien adressiert werden, sind auch einige Themen, die in den Jahren 2020-2022 besonders aktuell wurden: zum Beispiel Cybersicherheit, Energieerzeugung und -versorgung, Gesundheit, und Umwelt- und Ressourcenschutz. Hier ist zu erwarten, dass es in Zukunft eine Anpassung der Themen und Prioritäten gibt, die in Digitalisierungsstrategien benannt und in Digitalisierungsprojekten umgesetzt werden, um diesen aktuellen Herausforderungen Rechnung zu tragen.

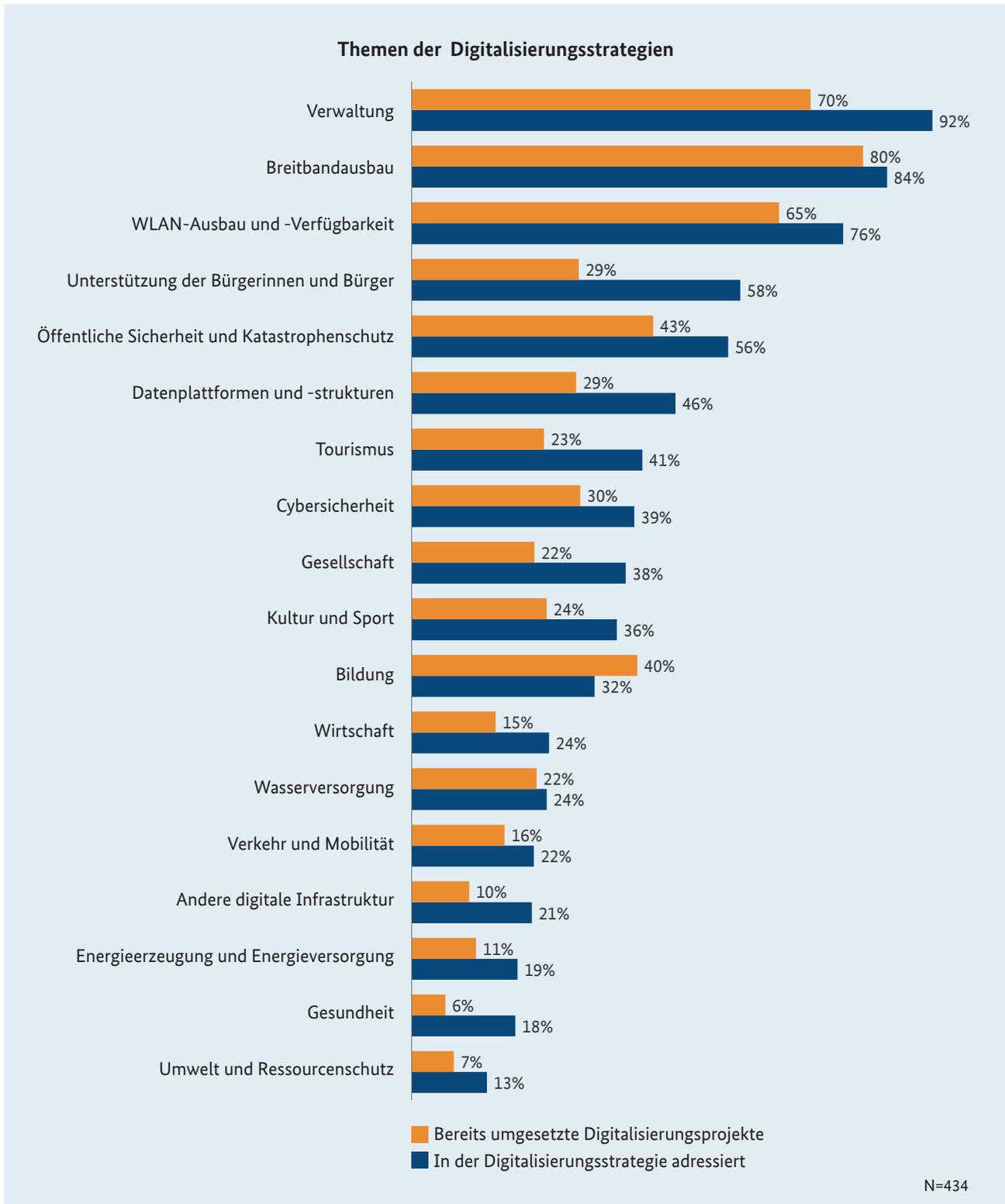


Abbildung 7: Themen der Digitalisierungsstrategien und bereits umgesetzter Digitalisierungsprojekte (Mehrfachauswahl, gewichtet, Basis: Kommunen, die eine Strategie haben, ausarbeiten oder planen).

Etwa die Hälfte der befragten Kommunen plant oder nutzt bereits Datenplattformen als Basis für Smart-City-Lösungen. Gleichzeitig plant die andere Hälfte der Kommunen nicht, in kommunale Datenplattformen zu investieren (siehe Abbildung 8). Die Kosten der Einrichtung einer Plattform, Sicherheitsbedenken und die kontinuierliche und professionelle Pflege

können hier zum Zögern führen. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei offenen Daten. Diese könnten beispielsweise über Datenplattformen zur Verfügung gestellt werden. Jedoch erhebt nur eine von zehn Kommunen überhaupt offene Daten oder stellt diese zur Weiterverwendung zur Verfügung.

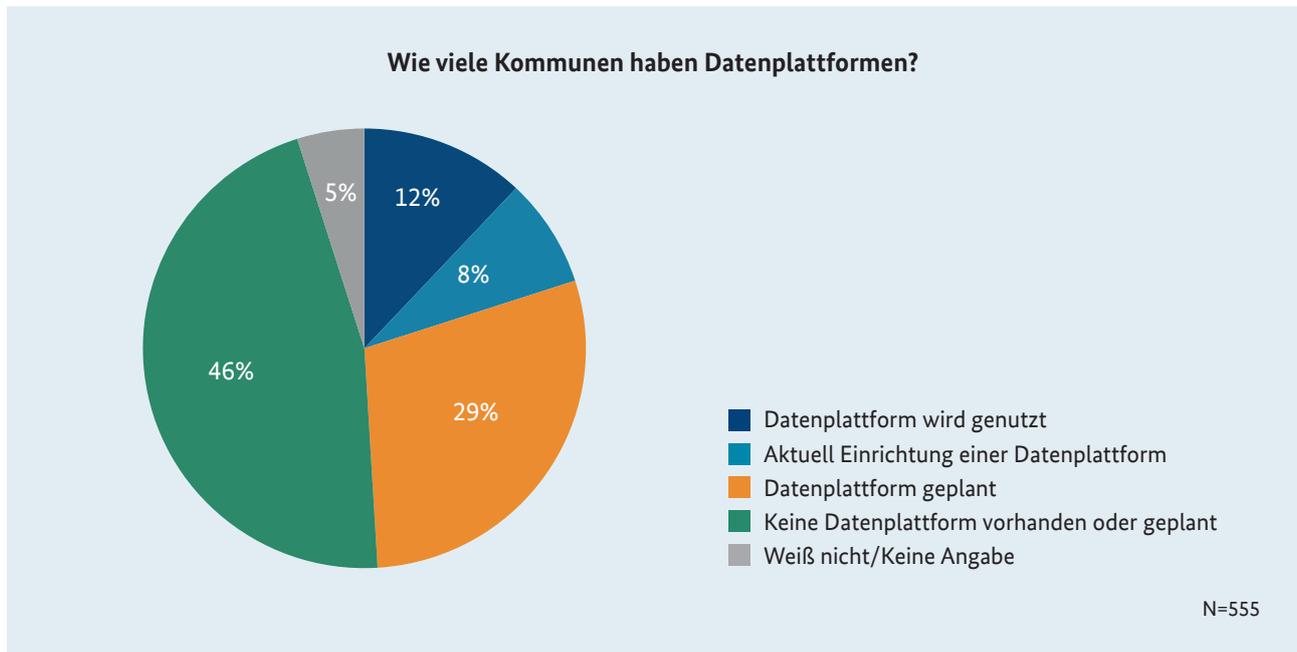


Abbildung 8: Datenplattform-Lösungen zur Bündelung unterschiedlicher Datensätze als Basis für Smart-City-Lösungen (gewichtet).

3 IT-Dienstleistungen werden vorwiegend an kommunale, öffentliche Dienstleister vergeben. Start-ups kommen in diesen Vergabeverfahren bisher selten zum Zug

Drei von vier Kommunen vergeben Aufträge für IT-Dienstleistungen an kommunale oder öffentliche IT-Dienstleister. Knapp die Hälfte aller Kommunen hatte Schwierigkeiten, passende Angebote auf ihre Ausschreibungen zu erhalten (siehe Abbildung 9 und Abbildung 10). Wenn private IT-Dienstleister beauftragt werden, sind dies vorwiegend lokale Unternehmen. Kommunen arbeiten dabei meist mit zwei bis fünf Dienstleistern (56 %) oder einem zentralen Dienstleister (29 %) zusammen. Ein Viertel der Kommunen gibt an, noch nie Ausschreibungen für IT-Dienstleistungen durchgeführt zu haben – dies sind vor allem Kommunen mit weniger als 10.000 Einwohnern.

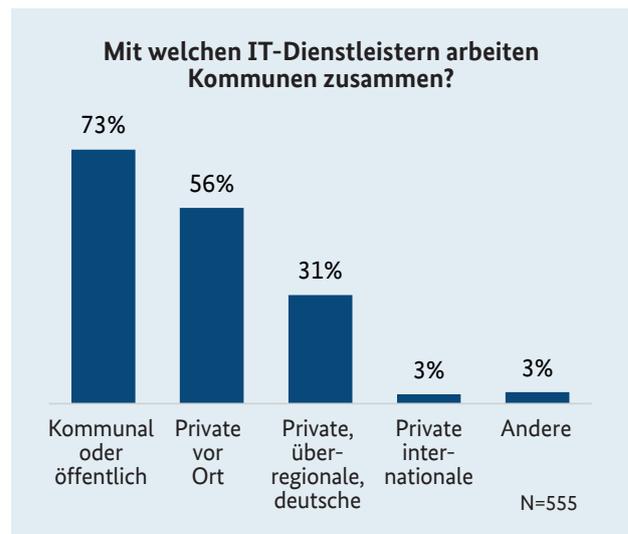


Abbildung 9: Art der IT-Dienstleister, an die Kommunen ihre Aufträge vergeben (Mehrfachnennungen, gewichtet).

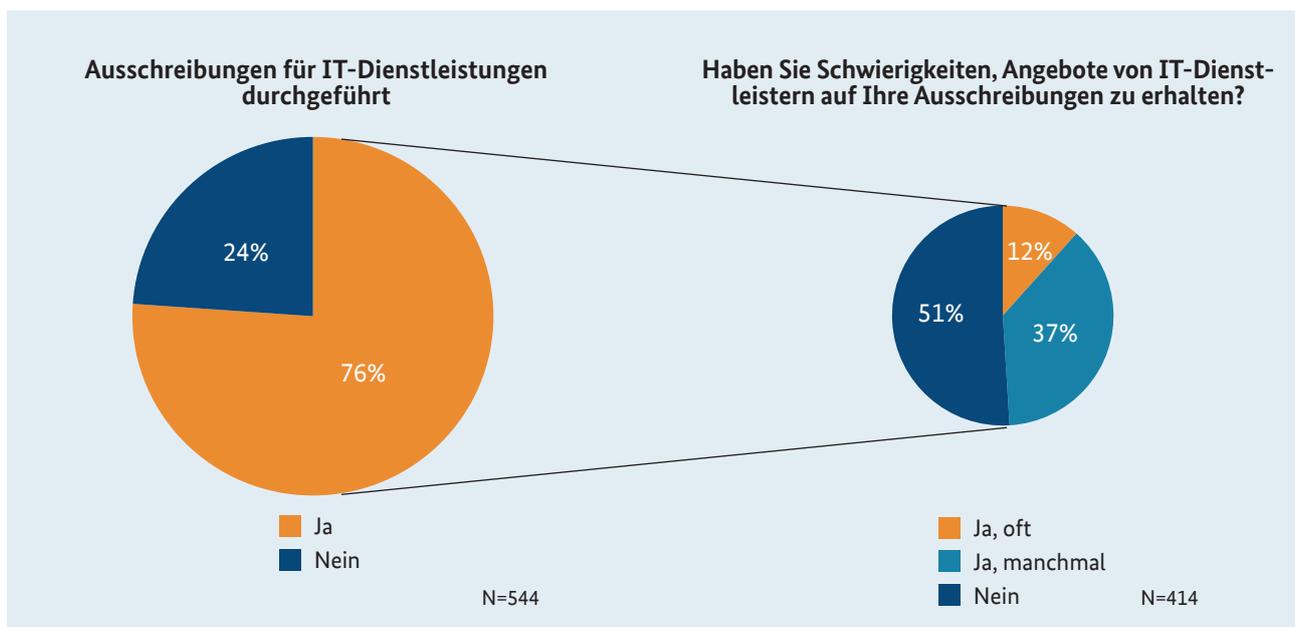


Abbildung 10: Anteil der Kommunen, die bereits Ausschreibungen für IT-Dienstleistungen durchgeführt haben | Anteil der Kommunen, die Schwierigkeiten hatten, Angebote zu ihren Ausschreibungen zu erhalten (gewichtet, „Weiß nicht/Keine Angabe“ hier nicht berücksichtigt).

Nur 7 % der Kommunen geben an, dass sie bereits Aufträge für IT-Dienstleistungen an Start-ups vergeben haben. Kommunen beurteilen die Beauftragung von Start-ups als komplex und haben Mühe, die Zuverlässigkeit von Start-ups einzuschätzen (siehe Abbildung 11 und Abbildung 12). Die Kommunikation zwischen Kommunalverwaltungen und Start-ups scheint schwierig zu sein, da sehr unterschiedliche Arbeitsweisen und -kulturen zusammentreffen: Über 60 % der Kommunen geben an, dass es schwierig ist, eindeutige Leistungsbeschreibungen für Start-ups zu erstellen. Dagegen sagen nur rund 37 %, dass es schwierig sei, von Start-ups eingereichte Angebote mit klassischen Vergabekriterien zu bewerten. Rund 40 % der Kommunen berichten, dass sie zu wenige Angebote von Start-ups erhalten. Insgesamt scheinen die Hürden für die Zusammenarbeit mit Start-ups insbesondere im Vergabe-Prozess zu liegen.

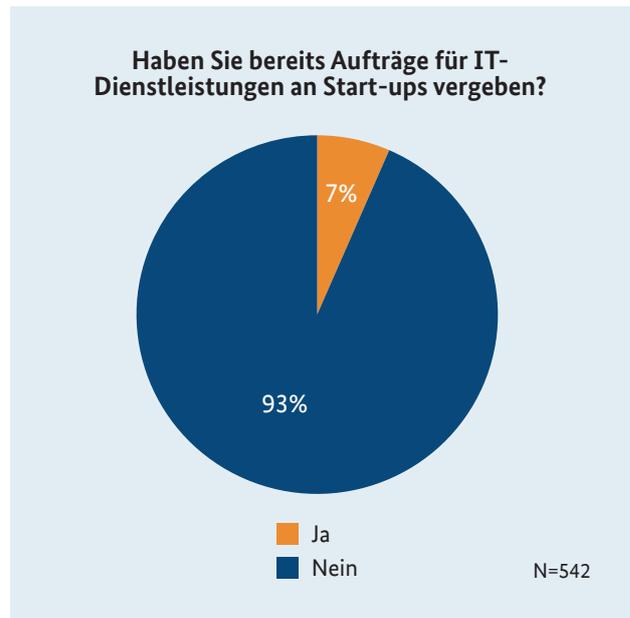


Abbildung 11: Vergabe von IT-Dienstleistungen an Start-ups (gewichtet, „Weiß nicht/Keine Angabe“ hier nicht berücksichtigt).

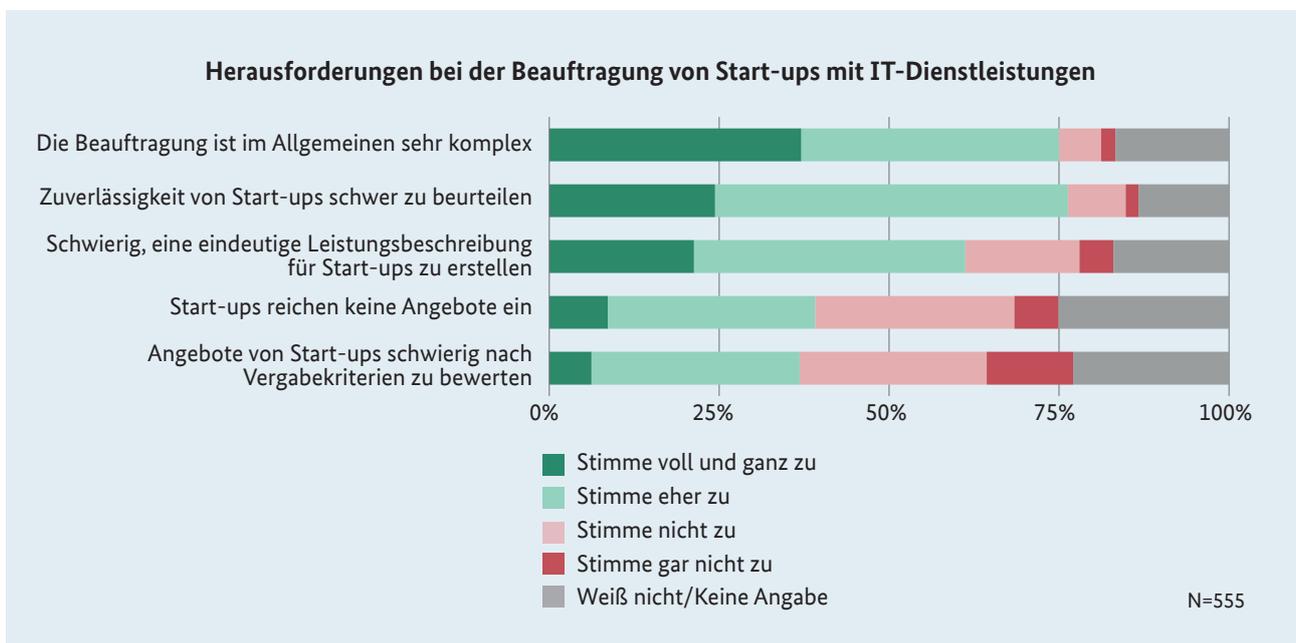


Abbildung 12: Bewertung verschiedener Herausforderungen bei der Vergabe von IT-Dienstleistungen an Start-ups (gewichtet).

4 Fehlendes Personal ist die größte Herausforderung für Kommunen. Weitere Herausforderungen sind mangelndes Fachwissen und knappe Haushaltsmittel

Als wesentliche Herausforderungen bei der Planung oder Umsetzung von Digitalisierungsstrategien benennen Kommunen fehlendes Personal und fehlende Haushaltsmittel (siehe Abbildung 13). Auch fehlendes Wissen in der Verwaltung auszugleichen, Mitarbeitende zu motivieren und Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zu beteiligen, werden jeweils von über 60 % der Kommunen als Herausforderungen genannt.

Eine Mehrheit von 91 % der Kommunen nutzen (auch) eigene Mittel zur Finanzierung ihrer Digitalisierungsstrategien. Bei externen Mitteln stehen Landesmittel mit 61 % an erster Stelle, 41 % nennen Bundesmittel als Quelle und immerhin 17 % erhalten Fördermittel von der Europäischen Union

(siehe Abbildung 14). Die Anteile aller Kommunen, die externen Finanzierungsquellen nutzen, haben sich seit 2019 verringert, während sich der Anteil der Kommunen, die eigene Haushaltsmittel einsetzen, vergrößert hat. Als Hemmnis für die Beantragung von Fördermitteln wird vor allem angeführt, dass Fördermittel oft nur eine Teilfinanzierung darstellen. Gleichzeitig ist es eine Herausforderung für Kommunen, sich in der Förderlandschaft zurechtzufinden und das passende Förderangebot zur rechten Zeit zu identifizieren (siehe Abbildung 15). Die Zunahme der verwendeten Eigenmittel kann als positives Signal gewertet werden, dass der Digitalisierung in den kommunalen Haushalten eine zunehmend wichtige Rolle zugeordnet wird.

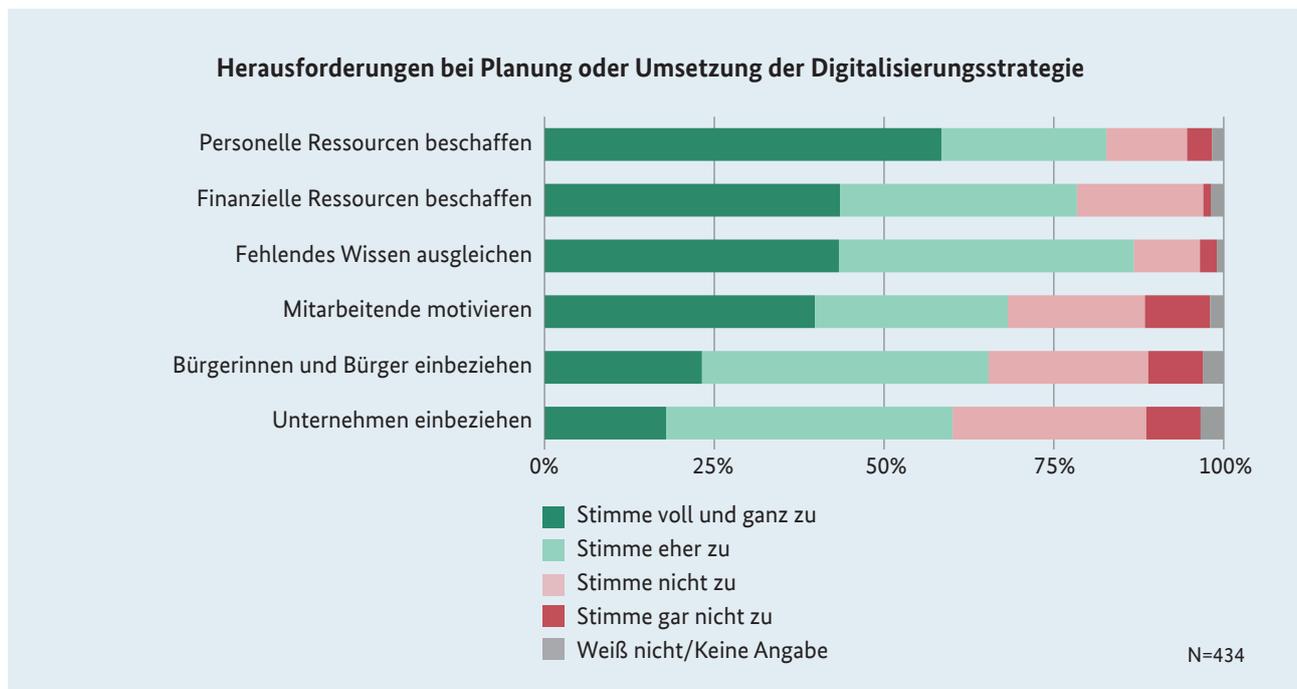


Abbildung 13: Bewertung der Herausforderungen bei der Planung oder Umsetzung der Digitalisierungsstrategien (gewichtet).

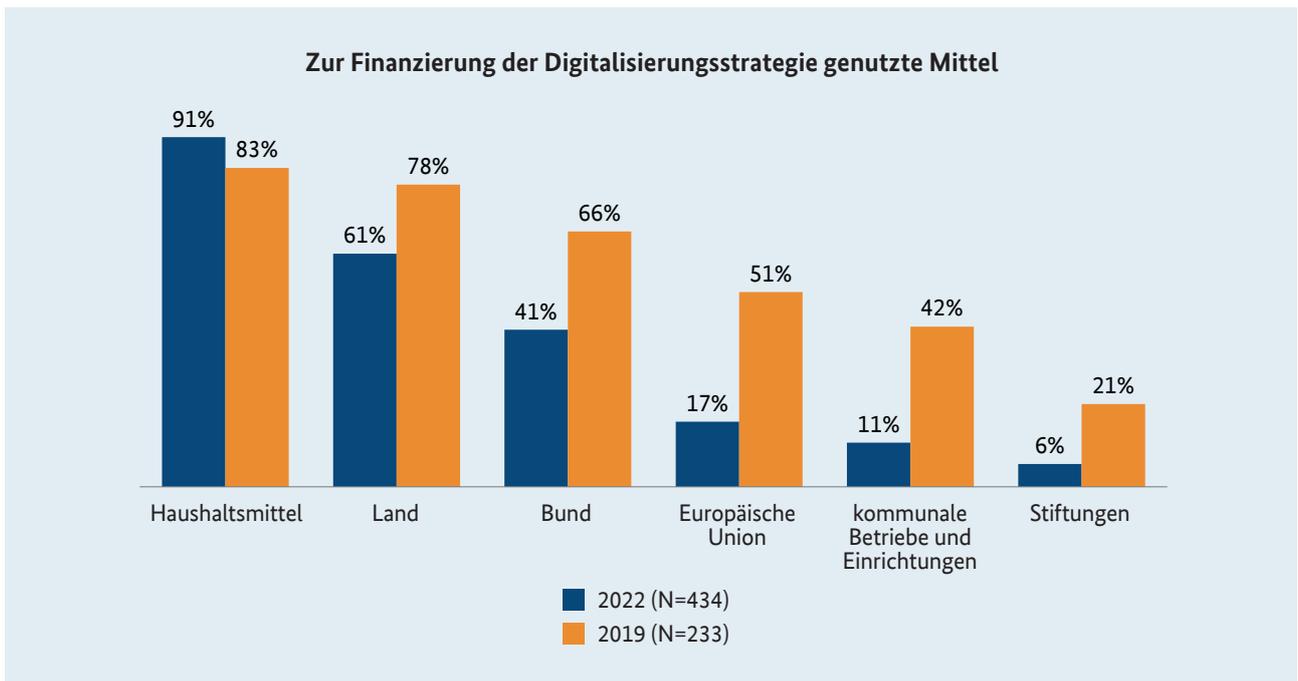


Abbildung 14: Finanzielle Mittel, die von Kommunen in Anspruch genommen werden (Mehrfachnennungen, gewichtet).

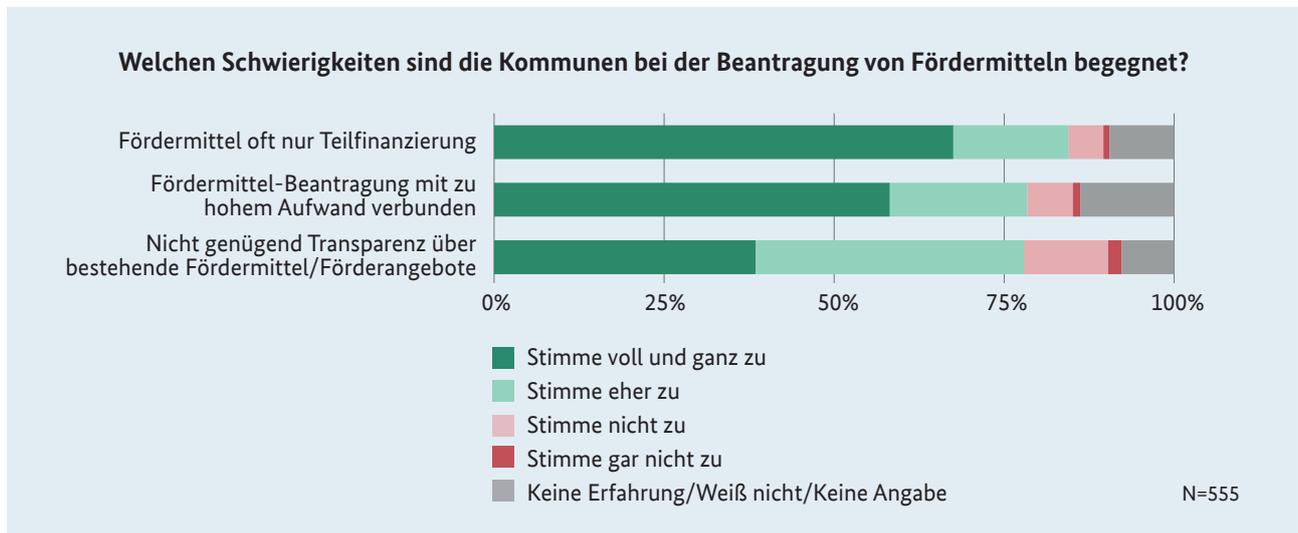


Abbildung 15: Bewertung verschiedener Herausforderungen bei der Beantragung von Fördermitteln (gewichtet).

5 Kommunen suchen inhaltliche Unterstützung für ihre Digitalisierungsstrategien und wünschen sich mehr interkommunalen Austausch

Die Kommunen haben eine große Nachfrage nach inhaltlicher Unterstützung für ihre Digitalisierungsstrategien. 96 % sehen den interkommunalen Austausch als besonders wertvoll an, und rund 80 % wünschen sich auf sie zugeschnittene Angebote wie Checklisten, Leitfäden und konzeptionelle Strategieberatung (siehe Abbildung 16). 90 % der Kommunen wünschen sich Beratung in technischen Fragen. Hier können auch Digitalagenturen, die es bisher in fünf Bundesländern gibt, Kommunen bei ihrer digitalen Transformation unterstützen. Insgesamt ist der Austausch mit verschiedenen Interessensgruppen gewünscht, jedoch mit unterschiedlich starker Ausprägung: 76% der Kommunen wünschen sich den Austausch mit Netzwerken, 60 % den Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern, 59 % den Austausch mit lokalen Unternehmen und 40 % mit der lokalen Wissenschaft vor Ort. Drei Viertel der Kommunen wünschen sich Vernetzungsangebote und Seminare. Studien und Fachartikel haben sich weniger als 40 % der Kommunen gewünscht.

Fachliche oder inhaltliche Unterstützung erhalten Kommunen zumeist von anderen Kommunen, von den kommunalen Spitzenverbänden und von den Ländern (siehe Abbildung 17). Die meiste Unterstützung nehmen Kommunen durch den Austausch mit anderen Kommunen in Anspruch (70 %). Dies deckt den Bedarf des Austauschs mit diesen Akteuren gut ab. Ähnlich, jedoch auf niedrigerem Niveau, ist die Situation für die Unterstützung durch lokale Unternehmen (gewünscht und in Anspruch genommen jeweils 33 %). Größer ist die Diskrepanz zwischen gewünschter und tatsächlich erhaltener Unterstützung bei den Beziehungen der Kommunen zu den Bundesländern: Während über die Hälfte der Kommunen fachliche oder inhaltliche Unterstützung in Anspruch nehmen (58 %), wird dies von noch mehr Kommunen gewünscht (84 %). Noch deutlicher wird dieser Unterschied bei Unterstützung durch den Bund.



Abbildung 16: Bewertung gewünschter Unterstützung bei der Digitalisierungsstrategie für Kommunen (gewichtet, Basis: Kommunen, die eine Strategie haben, ausarbeiten oder planen).



Abbildung 17: Vergleich in Anspruch genommener und gewünschter Unterstützung für die Digitalisierungsstrategie (Mehrfachauswahl, gewichtet; Basis: Kommunen, die eine Strategie haben, ausarbeiten oder planen).

Die große Mehrheit der Kommunen sieht positive Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf ihre Digitalisierung. Etwas mehr als die Hälfte der Kommunen gibt an, dass durch die COVID-19-Pandemie die Digitalisierung beschleunigt wurde (siehe Abbildung 18). Dies lag einerseits an der erhöhten Nachfrage beispielsweise nach digitalen Verwaltungsdienstleistungen der Bürgerinnen und Bürger. Andererseits fand auch bei

den Verwaltungsmitarbeitenden ein Umdenken statt und die Akzeptanz, Aufgaben digital umzusetzen, nahm zu. Verwaltungen haben damit ihre Resilienz in der Krise bewiesen: Sie haben gezeigt, dass sie auch kurzfristig auf geänderte Bedingungen reagieren können und gleichzeitig langfristige Weichen für eine Digitalisierung ihrer Kommunen gestellt.

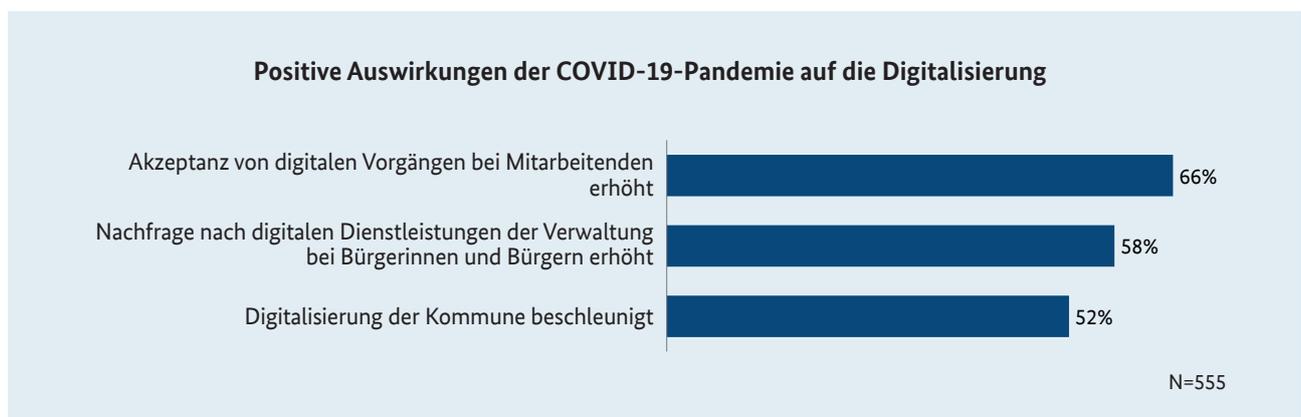


Abbildung 18: Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die kommunale Digitalisierung (Mehrfachnennungen, gewichtet).



Abbildung 19: Konkrete Beispiele für Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Digitalisierung (Mehrfachnennungen, gewichtet, Basis: Kommunen, die zuvor einen positiven Einfluss der COVID-19-Pandemie auf ihre Digitalisierung angegeben hatten).

Besonders die Digitalisierung der Verwaltung wurde durch die COVID-19-Pandemie beschleunigt. In 91 % der Kommunen führte dies zur Einrichtung des mobilen Arbeitens für Mitarbeitende (siehe Abbildung 19). Knapp über die Hälfte sieht eine Verbesserung bei der Digitalisierung im Bildungsbereich. Auch bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes sehen 43 % eine Beschleunigung. Alle drei Aspekte beziehen sich

auf Bereiche, die während des Corona-bedingten Lockdowns nur noch digital möglich waren. Hier gab es einen klaren Digitalisierungsschub. Langfristigere Projekte wie die Planung einer Digitalisierungsstrategie, der Glasfaserausbau oder die Benennung von Digitalisierungsbeauftragten waren hingegen nur in geringerem Umfang von diesem Digitalisierungsschub betroffen.

6 Viele kommunale Digitalisierungsstrategien adressieren Klimaschutz sowie wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit

In über der Hälfte der Kommunen ist Klimaschutz Teil der Digitalisierungsstrategie (siehe Abbildung 20). Als zentraler Aspekt der Digitalisierungsstrategie wird Klimaschutz sogar in 6 % der Kommunen behandelt. Hier ist in Zukunft ein weiter wachsender Anteil zu erwarten. Digitalisierung trägt maßgeblich zur Erreichung der Klimaschutzziele bei. Zudem werden Klima-Anpassungsmaßnahmen weiter in den kommunalen Fokus rücken. Grundsätzlich wird das Thema Klimaschutz bei anderen Digitalisierungsthemen (beispielsweise in der

Mobilität, der Wasserversorgung und der Stromgewinnung) als Querschnittsthema mitgedacht.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten in den Digitalisierungsstrategien. Aspekte der sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit wurden von rund 55 % der Kommunen als Teil ihrer Digitalisierungsstrategien benannt. Rund 40 % der Kommunen benannten Aspekte der ökologischen Nachhaltigkeit.

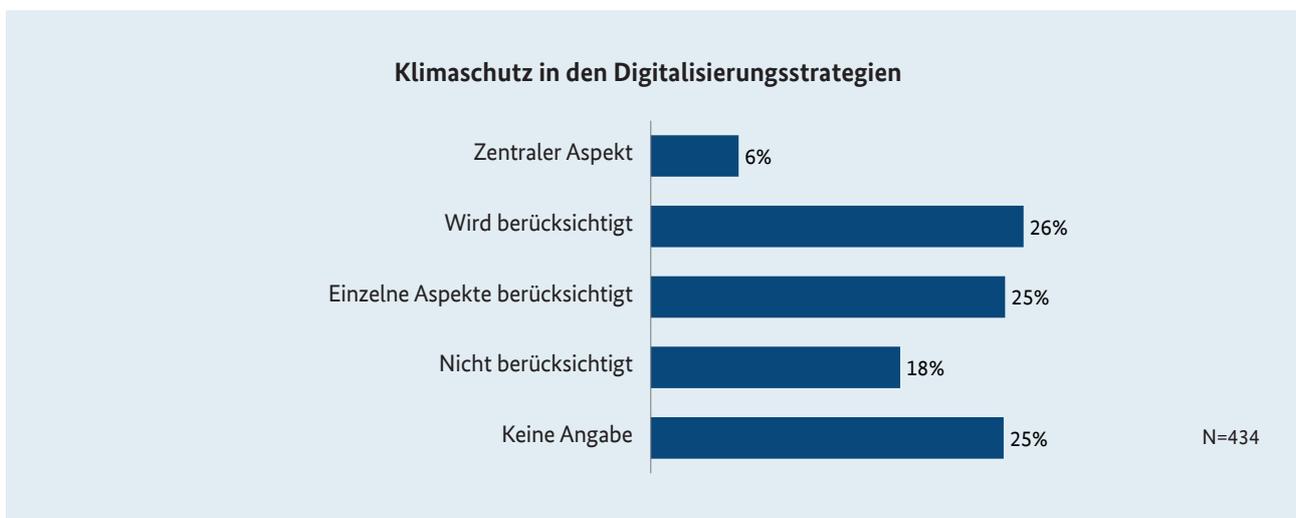


Abbildung 20: Berücksichtigung von Klimaschutz in kommunalen Digitalisierungsstrategien (gewichtet).

7 Schlussfolgerungen für smarte Städte und digitale Regionen

Diese Kommunalstudie belegt, dass deutsche Kommunen mit ihrer digitalen Transformation voranschreiten. Ein Großteil der Kommunen hat die Chancen erkannt, setzt Projekte in vielen unterschiedlichen Themen um und weiß sich zu vernetzen, um Synergieeffekte zu generieren und davon zu profitieren. Der Corona-bedingte Digitalisierungsschub hat viel in Bewegung gebracht und Prozesse beschleunigt. Die Studie zeigt diese positiven Effekte auf, die auch in Zukunft weitere Kommunen auf ihrem Weg zur smarten Stadt und digitalen Region voranbringen können.

Die Stelle von Chief Digital Officers beziehungsweise kommunalen Digitalisierungsbeauftragten wird als Meilenstein zur digitalen Transformation gesehen. Knapp 85 % der Kommunen, die bisher keine Digitalisierungsstrategie haben, geben eine hohe Auslastung der Verwaltungsmitarbeitenden durch alltägliche Aufgaben als Grund für das Fehlen einer Digitalisierungsstrategie an. Dies macht deutlich, dass eine umfassende digitale Transformation nicht ‚nebenher‘ geplant, organisiert und umgesetzt werden kann. Kommunen berichten in diesem Zusammenhang von guten Erfahrungen mit einer zentralen Stelle für Digitales in der Verwaltung in Form von Chief Digital Officers beziehungsweise Digitalisierungsbeauftragten.

Vernetzung spielt für die erfolgreiche digitale Transformation auf kommunaler Ebene eine bedeutende Rolle. 96 % der Kommunen sehen den interkommunalen Austausch als wichtiges Mittel für ihre digitale Transformation. 70 % der Kommunen arbeiten hier bereits mit anderen Kommunen zusammen. Hier gilt es, diesen Austausch weiter zu fördern und über verschiedene Netzwerke auch bundesweit Ideen zur kommunalen Digitalisierung und gute Beispiele auszutauschen. Mit diesem Ziel werden Vernetzungsangebote der Initiative Stadt.Land.Digital aktiv von Kommunen genutzt.

Einige Kommunen spielen eine Vorreiterrolle bei der Erhebung, Nutzung und Bereitstellung offener Daten. Kommunen wie Moers, Münster oder Jena haben hier bereits umfassende Erfahrungen und zeigen, welche Potenziale sich durch offene Daten ergeben. Die Studie belegt, dass offene Daten von Kommunen oft für die Verbesserung kommunaler Dienstleistungen oder zur transparenten Gestaltung kommunaler Prozesse genutzt werden. Kommunen können über den Austausch mit Kommunen, die bereits erfolgreich mit offenen Daten arbeiten,

mögliche Vorbehalte abbauen und Möglichkeiten für die eigene Kommune ausloten.

Fördermaßnahmen für deutsche Kommunen können noch zielgerichteter gestaltet werden, um noch mehr Kommunen zu erreichen und diese effizient zu fördern. 50 % der Kommunen, die bisher keine Digitalisierungsstrategie haben, geben fehlende finanzielle Ressourcen als eine Ursache dafür an. Kommunen, die bereits eine Digitalisierungsstrategie planen oder umsetzen, greifen neben den eigenen Haushaltsmitteln auf Fördermittel zurück. Dennoch benennen fast 80 % fehlende finanzielle Ressourcen als Herausforderung. Bei den Fördermitteln werden mangelnde Transparenz der Angebote und Schwierigkeiten bei der Beantragung hervorgehoben. Förderprogramme, die noch mehr an den Bedarfen dieser Kommunen ausgerichtet sind, können die Erfolge dieser Maßnahmen steigern.

In den letzten beiden Jahren sind Aspekte des Klimaschutzes, der Cybersicherheit und der Energiesicherheit noch stärker ins Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung gerückt. Die Befragung für diese Kommunalstudie (im Frühjahr 2022) fand zeitlich sehr nah an aktuellen Ereignissen wie den zunehmend sichtbar werdenden Folgen des Klimawandels, den vermehrten Cyberangriffen auf Kommunen und der durch den Krieg in der Ukraine ausgelösten Energiekrise in Europa statt. Daher können Auswirkungen dieser Entwicklungen auf Kommunen in Deutschland in den vorliegenden Daten noch nicht deutlich werden. Über die Hälfte der Kommunen gibt jedoch an, dass Klimaschutzaspekte in ihren Digitalisierungsstrategien bereits heute berücksichtigt sind und bei immerhin 6 % der Kommunen stellen diese bereits einen zentralen Aspekt dar.

Die COVID-19-Pandemie hat die Kommunalverwaltungen auf eine besondere Weise gefordert. Nach zwei Jahren in dieser Situation lässt sich nun eine sehr positive Bilanz mit Strahlkraft ziehen. Oft wird von einem Digitalisierungsschub gesprochen, den die COVID-19-Pandemie ausgelöst hat. In vielen Kommunen wurden Potenziale der Digitalisierung dazu genutzt, um Prozesse in Bildung, kommunaler Wirtschaft und Verwaltung im digitalen Raum fortzuführen. Viele Kommunen haben in dieser Zeit bewiesen, dass sie schnell auf geänderte Rahmenbedingungen reagieren können und viele Digitalisierungsprozesse, die nun angestoßen wurden, werden sich auch in Zukunft positiv auswirken und weitere digitale Projekte nach sich ziehen.

Über die Initiative Stadt.Land.Digital

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz unterstützt mit der Initiative Stadt.Land.Digital Städte, Gemeinden und Landkreise bei ihrer digitalen Transformation und insbesondere dabei, konkrete Strategien zu entwickeln. Die Initiative informiert, begleitet und vernetzt Kommunen, die auf dem Weg zur Kommune der Zukunft, der „intelligenten“ Stadt oder „smarten“ Region sind. Die Bedürfnisse und Prioritäten der Kommunen sind dabei sehr unterschiedlich - je nach Größe, Lage und ihren strukturellen Herausforderungen. Im ländlich oder touristisch geprägten Raum sind zum Beispiel andere Fragen zu beantworten als im industriellen Umfeld einer Metropolregion.

Stadt.Land.Digital unterstützt Akteure in den Kommunen mit maßgeschneiderten intelligenten Lösungen. Die Initiative legt den Fokus auf die strategische Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftsunternehmen, Verwaltungen, kommunalen Unternehmen, IT-Dienstleistern, Wirtschaftsfördereinrichtungen, regionalen Verbänden und Vereinen sowie Bürgerinnen und Bürgern. Unter anderem berichtet Stadt.Land.Digital über relevante Entwicklungen, gute Beispiele, erprobte Anwendungen und Technologien sowie über Fördermöglichkeiten für Digitalisierungsprojekte. Die Initiative vernetzt die Kommunen mit strategischen Partnern und anderen Partnerkommunen, veranstaltet Vernetzungstreffen, lokale Workshops und überregionale Veranstaltungen. Sie ist telefonisch unter +49 2224 9225 60 und per Mail info@stadt-land-digital.de für alle Akteure erreichbar.

www.stadt-land-digital.de

Impressum

Herausgeber:
Geschäftsstelle Stadt.Land.Digital
Eine Initiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

WIK-Consult GmbH
Rhöndorfer Str. 68
53604 Bad Honnef

HRB: Amtsgericht Siegburg, 7043

Telefonzentrale: +49 2224 9225 60
E-Mail: info@stadt-land-digital.de
Homepage: www.stadt-land-digital.de

Stand: Juni 2022

Verantwortlich: Alex Dieke

Redaktion: Alex Dieke, Annette Hillebrand, Marie-Christin Papen, Cathrin Söllner

Bildquelle Titelseite: Chalermpon - Adobe Stock
Grafik: Stadt.Land.Digital